

Fragen „was? wem? nützt.“

Kommentar zur Frage, wie man der ‚Neuen Rechten‘ auf der Bühne (nicht) begegnen muss¹

Michael Beron / Kevin Rittberger / Tina Turnheim

Die Wahl der Stilart entscheidet über alles.

Möglich nur die Stilart des Kommentars

Das: wem nützt es²

Dieser Text bleibt eine vorläufige Abmachung. Es folgen eine Checklist in Brecht’scher Diktion und ein Glossarteil, der Begriffe und Kontexte von „Alerta!“ über „Il/liberal“ bis zu „Zensur“ bereitstellt und kritisch beleuchtet. Beide sind als unfertige Vorschläge zu verstehen, offen für Ergänzungen, Korrekturen und Kommentare.

CHECKLIST

Für Kunst-, Kultur- und Wissensarbeiter*innen

1. „Wahrheit wissen heißt wissen: was? wem? nützt.“³

Überlege: Wem nützt diese Veranstaltung? Wer profitiert von ihr? Und: Wem schadet sie? Oder: Wen gefährdet sie?

Siehe: → Aufmerksamkeitsökonomie → Fall Gessnerallee → Meinungsfreiheit → Metapolitik → ‚Neue Rechte‘

2. „Dem Volk aufs Maul schauen ist etwas ganz anderes als dem Volk nach dem Mund zu reden.“⁴

Erinnere: „Volkstümlichkeit“ braucht kein „Volkstum“. Hinterfrage, wer oder was dieses ‚Volk‘ ist und wen der Begriff ausschließt. Verwerfe, wenn nötig, den Begriff.

Siehe: → Emanzipatorisches Projekt → Kontinuitätsthese → Kulturpolitik der AfD → Meinungsfreiheit → Querfront

3. „Die Wahl der Stilart entscheidet über alles.“⁵

Sei sorgsam im Gebrauch der Sprache: Welche Begriffe vergiften die Gesellschaft? Welche können zu Waffen gegen Menschen werden? Wie beeinflussen auch scheinbar unbedenkliche Begriffe das Denken?

Siehe: → Extremismus → Il/liberal → Meinungsfreiheit → Metapolitik → Täter-Opfer-Umkehr → Querfront

¹ Es handelt sich hierbei um eine leicht überarbeitete Fassung unseres Beitrags: Fragen, „was? wem? nützt.“ In: Matthias Naumann / Kevin Rittberger (Hrsg.): *Organisation / Organisation, Mühlheimer Fatzerbücher 6*. Berlin: Neofelis 2018, S. 118–144.

² Bertolt Brecht: Fatzer. In: Ders.: *Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Bd. 10.1. Berlin / Frankfurt am Main: Aufbau / Suhrkamp 1997, S. 387–529, hier S. 515.

³ Ebd., S. 521.

⁴ Bertolt Brecht: [Notizen für einen] Beitrag zum Thema Volkstümlichkeit. In: Ders.: *Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Bd. 22.1. Berlin / Frankfurt am Main: Aufbau / Suhrkamp 1997, S. 403–404, hier S. 403.

⁵ Brecht: Fatzer, S. 515.

4. „Aber es ist eine Zeit, wo wir alle kennen müssen.“⁶

Prüfe: Mit wem haben wir es zu tun? Wem wird eine Bühne gegeben? Kenne und studiere die politischen Gegenspieler*innen. Achte darauf, *was* von *wem* gesagt wird, und nicht nur darauf, *wie* es gesagt wird. Bildung und Umgangsformen schützen nicht vor faschistischer Ideologie, lenken aber von ihr ab.

Siehe: → Fall Gessnerallee → Kontinuitätsthese → Kultureller Antifaschismus → Metapolitik
→ ‚Neue Rechte‘

5. „Eben / Stellten sie den Stuhl, den alten / Worauf steht ‚auf dem soll sitzen / Nur der gut ist und am besten: jeder“⁷

Hinterfrage: Wenn die Einladung des Einen die Nicht-Einladung eines Anderen bedeutet, frage: Was ist durch diese Wahl gewonnen? Mit welchem Erkenntnisgewinn ist zu rechnen?

Siehe: → Andersdenkende → Aufmerksamkeitsökonomie → Das Böse → Meinungsfreiheit

6. „Die Erkenntnis kann an einem andern Ort gebraucht werden, als wo sie gefunden wurde.“⁸

Bedenke: Ist sie öffentlich ausgesprochen, wird sie öffentlicher Diskurs und kann von anderen Kräften aufgegriffen werden als ursprünglich intendiert.

Siehe: → Alerta! → Aufmerksamkeitsökonomie → Meinungsfreiheit → Metapolitik

7. „Augen offen“⁹

Prüfe: Wer könnte ein Interesse daran haben, die Veranstaltung zu stören? Welche Vorkehrungen sind nötig? Wie gewährleiste ich als Veranstaltende*r die Sicherheit der Anwesenden? Wie reagiere ich im Fall eines Überfalls?

Siehe: → Alerta! → Emanzipatorisches Projekt → Kultureller Antifaschismus

Zwischenchor: Aufforderung, nicht zum Feind überzulaufen,
sondern sich nach Mülheim an der Ruhr zu begeben.¹⁰

GLOSSAR

→ „Alerta!“

italienisch für: Achtung/Vorsicht, in Gänze: „Alerta Alerta Antifascista!“. Es handelt sich um einen Demoruf der Antifaschist*innen von den ersten italienischen Mussolini-Gegner*innen der 1920er Jahre bis heute. Vor dem Hintergrund aufstrebender völkisch-nationalistischer Bewegungen diskutieren Theaterschaffende in der Gegenwart unter dem Stichwort → Kultureller Antifaschismus erneut, wie mit Störungen rechtsextremer Gruppen im Theater umzugehen ist. Mehrere Störaktionen der Identitären Bewegung (IB) im Burgtheater Wien (2016), dem Maxim Gorki Theater Berlin (2016) und dem Deutschen Theater Berlin (2018) von

⁶ Ebd., S. 419.

⁷ Ebd., S. 523.

⁸ Ebd., S. 521.

⁹ Ebd., S. 409.

¹⁰ Ebd., S. 520.

laufenden Theaterveranstaltungen bzw. -vorstellungen geben Anlass zu unterschiedlichen Szenarien, wie die Künstler*innen und Institutionen sich auf die nächste Störung vorbereiten können.¹¹ Wichtig erscheint dabei v.a. das Übertönen der Parolen der Rechten sowie die visuelle Beeinträchtigung des Videomaterials, das gerade die IB auf ihren Social-Media-Plattformen mit hohen Clickzahlen zu verbreiten weiß. Veranstalter*innen künstlerisch-geframeter Performances und Aufführungen wird nahegelegt, die Interventionen – gerade wenn diese sich wie im Falle der IB als ‚ästhetisch‘ tarnen – mit Unterbrechung und Ausschluss zu quittieren, nicht mit Affirmation und Inklusion einzugemeinden. Soll heißen: Die Antwort fällt politisch und/oder polizeilich/juristisch aus, nicht künstlerisch. Wichtiger Hinweis für alle ‚toleranten‘ Theaterschaffenden, die sich vornehmen, rechte Störer*innen als ‚kontroverse‘ Gegenstimmen einzubinden: Im Fall einer zauderhaften Reaktion kann es zu einer Umfunktionierung zu Gunsten der Störer*innen kommen. Um → Zensur und die Einschränkung der → Meinungsfreiheit wird es im Fall des Abbruchs, entgegen der Propaganda der Rechten, nicht gehen. „Alerta!“ bedeutet auch „No-Plattform!“: Rechte Störer*innen sollten blockiert oder des Feldes verwiesen werden – auch wenn der Rechtsstaat juristische Reaktionen bereithält, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung wiederherzustellen. Denn diese können nur im Nachhinein erfolgen und rechte Störer*innen somit nicht daran hindern, ihre Aktionen erfolgreich durchzuführen.

→ Andersdenkende

Der berühmte Satz der demokratischen Sozialistin Rosa Luxemburg, wonach Freiheit immer Freiheit der Andersdenkenden sei,¹² wird gerne aus dem Kontext¹³ gerissen.

Im → Fall Gessnerallee legte etwa die neoliberale Plattform Operation Libero, die auf dem abgesagten Podium vertreten sein sollte, den Kritiker*innen der Veranstaltung nahe, sie mögen den Satz von der Freiheit der Andersdenkenden ernst nehmen und auf die AfD anwenden.¹⁴ Ähnlich fordert der Politologe Michael Hermann, Linke sollten „den Mumm haben, sich den Positionen radikal Andersdenkender zu stellen“¹⁵ (→ Feigheit, Faulheit, Bequemlichkeit), und fährt fort, dass „wir hier nicht von Mördern oder Verbrechern reden: Die AfD ist keine verbotene Partei“¹⁶.

Hier ist erstens zu fragen, wie redlich es ist, die Kategorie der Andersdenkenden oder Opfer auf diejenigen anzuwenden, die gerade nicht für ‚das Andere‘ Partei ergreifen, sondern eine identitäre Politik im Namen des ‚Eigenen‘ betreiben, Diskriminierung, Säuberungsphantasien und offener Gewalt gegen vermeintlich „Fremde“ Vorschub leisten und sich dabei – entgegen der Selbstinszenierung der Neuen Rechten – in grundsätzlichem Einklang mit den krassesten Momenten deutscher Täter*innenschaft befinden. Zum anderen ist festzustellen, dass die aufgerufenen Szenarien von → Zensur und Gewalt z.B. im → Fall Gessnerallee objektiv einfach nicht zutreffen.

Die Argumentation ist somit nicht nur eine absurde Verkehrung und Verharmlosung, die das Opfernarrativ der → Neuen Rechten bedient. Vielmehr delegitimiert oder kriminalisiert sie zugleich die Wortmeldungen

¹¹ Unter dem Titel „Wir lassen uns das Wort nicht nehmen!“ haben der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) bereits 2006 eine Handreichung mit „Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen“ herausgegeben: <https://www.mbr-berlin.de/materialien-2/publikationen-handreichungen/wir-lassen-uns-das-wort-nicht-nehmen/> (Zugriff am 09.07.2018).

¹² Vgl. Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 4. Berlin: Dietz 1983, S. 332–365, hier S. 359.

¹³ Der Satz stammt aus ihrem Aufsatz „Zur russischen Revolution“, die sie einerseits begrüßt, andererseits aber die autoritäre Politik der Bolschewiki dafür kritisiert, bürgerliche Grundrechte wie Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit abzuschaffen und die Arbeiter- und Soldatenräte zu entmachten, um eine zentralistische Parteienherrschaft zu begründen.

¹⁴ Vgl. Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. In: *Operation Libero*, 10.03.2017. <https://www.operation-libero.ch/de/blog/2017-03-10-freiheit-ist-immer-die-freiheit-desandersdenkenden> (Zugriff am 02.10.2017).

¹⁵ Jacqueline Büchi: „Wir reden hier von der AfD, nicht von Mördern“ – Soll der AfD-Chefideologe in einem Zürcher Theater seine Positionen darlegen dürfen? Ja, findet Politologe Michael Hermann. In: *20 Minuten*, 04.03.2017. <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/-Wir-reden-hier-von-derAfD--nicht-von-Moerdern--26992616> (Zugriff am 02.10.2017).

¹⁶ Ebd.

antifaschistischer Kritiker*innen und arbeitet der Etablierung eines neuen Täter*innenmythos (→ Täter-Opfer-Umkehr; → Extremismus) zu.

→ **Aufmerksamkeitsökonomie**

Die mediale Öffentlichkeit – weit davon entfernt, bloß ein neutraler Schauplatz zu sein – ist ein wichtiger, wenn nicht der zentrale Faktor für die politisch wirksame Auseinandersetzung mit der → ‚Neuen Rechten‘. Die neurechte Diskurspiraterie und gezielt herbeigeführte Skandale dürften dabei ebenso eine Rolle spielen wie ein gewisser medialer „Hunger nach Realität“¹⁷, der zugleich auf handfeste ökonomische Dimensionen verweist.

Seit geraumer Zeit experimentiert etwa die IB mit Auftritten und (Stör-)Aktionen, die spektakuläre Bilder produzieren, provozieren und dabei politische Inhalte transportieren sollen. Die Methode gezielter verbaler Provokation ist ein Kennzeichen des internationalen Rechtspopulismus von FPÖ über AfD bis Trump. Ihre im englischen Sprachraum als „Dog Whistle Policy“ bekannte Technik besteht darin, reaktionäre Botschaften (etwa zu Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete, Rehabilitation des ‚Völkischen‘ oder der Wehrmacht) in den Schlagzeilen zu platzieren und nach erfolgtem Skandal umgehend als bedauerliches Missverständnis zu relativieren. Solche gezielten Tabubrüche schaffen weitere Aufmerksamkeit für rechte Parolen, arbeiten an der Verrohung des öffentlichen Diskurses und erweitern das Feld dessen, was sanktionsfrei sagbar ist. Darüber hinaus winkt als medialer Mehrwert „der Nimbus des Rebellen, die Aura der Revolte“¹⁸, des dramatischen Konflikts und des → Bösen. Man könnte hier von Synergie-Effekten oder Win-Win-Situationen sprechen. Denn was auf Seiten der ‚Neuen Rechten‘ als Ästhetisierung ihrer Politik willkommen geheißen wird, kann sich auf Seiten von Medien oder Kultureinrichtungen schlicht als verkaufsförderndes Moment oder Vorteil im Wettbewerb um Aufmerksamkeit auszahlen. Ob aus Angst vor politischer Parteilichkeit und → Zensur-Vorwürfen oder aufmerksamkeitshungrigem Bemühen um „Volksnähe“ und politische Relevanz: Medien, Theater etc., die neurechten Akteur*innen eine Bühne bieten, machen sich – freiwillig oder unfreiwillig – zu praktischen Kompliz*innen „neurechter“ → Metapolitik.

→ **Böse, das**

Kraft, zu der die → ‚Neue Rechte‘ von bürgerlicher Seite oftmals ästhetisiert und dadurch zugleich überhöht und verharmlost wird. Das spielt eine Rolle in der → Aufmerksamkeitsökonomie der bürgerlichen-Medien. Im → Fall Gessnerallee wurde das Argument wahrscheinlich von Simon Strauss am markantesten vorgebracht und mit der Forderung verknüpft, der AfD eine Bühne zu geben, weil Spannung und großes Theater ohne Bösewichte nun einmal nicht zu haben seien.¹⁹

Die „Neue Rechte“ selbst bedient das Bild, indem sie mal adoleszent-militant, mal ‚staatsmännisch-mutig‘ das Image des Rebellen aufruft und so die Tatsache verwischt, dass ihre politischen Forderungen keineswegs neu oder widerständig sind, sondern neue Aufgüsse alter rassistischer Ressentiments, traditioneller Familienbilder und wirtschaftspolitisch (zumindest im Fall der AfD) mit dem Neoliberalismus nicht brechen.

Auch in linken Kontexten wird mit der Figur des Bösen argumentiert. So meint der Regisseur Milo Rau im Schweizer *Tagesanzeiger* im März 2017: „das Böse ist nicht gefährlich, es ist banal“²⁰. Darum sei es falsch

¹⁷ Jakob Hayner: Ist das ein Hunger nach Realität? Kevin Rittberger und Konstanze Schmitt begründen den Ausschluss von AfD-Politikern auf dem Theaterpodium und sprechen über linke Bühnenästhetik. In: *Jungle World*, 34/2017, 24.08.2017. <https://jungle.world/artikel/2017/34/ist-das-einhunger-nach-realitaet> (Zugriff am 02.10.2017).

¹⁸ Volker Weiß: *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlands*. Stuttgart: Klett 2017, S. 134.

¹⁹ Simon Strauss: Den Bösewichten eine Bühne. Theater lädt AfD-Politiker aus. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.03.2017. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/afd-politiker-in-zuercher-theater-ausgeladen14915464.html> (Zugriff am 02.10.2017).

²⁰ Milo Rau: Gemeinsam gegen die AfD. Ein Podium mit AfD-Vordenker Jungen wurde abgesagt. Falsch! Man muss den Kampf annehmen, wo man ihn findet. In: *Tagesanzeiger*, 11.03.2017. <https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/Gemeinsam-gegen-die-AfD/story/16602445> (Zugriff am 02.10.2017).

gewesen und ein Zeichen linker Pedanterie (→ Feigheit, Faulheit, Bequemlichkeit), Jongsens Auftritt im → Fall Gessnerallee abzusagen. Dieser Gedanke ist attraktiv, denn er huldigt der Kraft des stärksten, rationalen Arguments, stellt die Rechten als Dummköpfe dar, die nur Banalitäten von sich geben und von Leuten wie Rau leicht dekonstruiert werden könnten. Das schmeichelt zwar zweifellos dem Selbstbild mancher linksliberaler Diskursproduzent*innen – funktioniert strategisch jedoch nicht, da es die irrationale Wirkungsabsicht der rechten → Metapolitik ausklammert. Warum Banalität und Gefährlichkeit sich ausschließen sollten, wird nicht ersichtlich – umso weniger, wenn die herbeizitierte „Banalität des Bösen“ sich bei Hannah Arendt²¹ ursprünglich auf Adolf Eichmann bezieht, der seine administrative Funktion in der NS-Massenvernichtung eben nicht aus inhaltlicher Überzeugung, sondern Karrierismus und ‚Pflichtbewusstsein‘ verrichtet habe.

→ Emanzipatorisches Projekt

Ist in diesem Zusammenhang relevant, da seit geraumer Zeit trotz mannigfaltiger sozialer Kämpfe ein wirksames Gegenprojekt fehlt, das eine ernsthafte Alternative zur rechten Bewegung wie auch zum neoliberalen Kapitalismus darstellen könnte. Das ist nicht nur Schuld der gegenwärtigen Linken, sondern hat viele Ursachen, die ein eigenes Glossar verdienen würden, darunter die Geschichte des sogenannten Realsozialismus oder der sogenannten Sozialdemokratie. Das Fehlen stellt in diesem Zusammenhang ein Problem dar, weil der aktuelle Rechtsruck die Linke in Abwehrkämpfe verwickelt, wodurch es möglich wird, linken Kritiker*innen von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus etc. eine Komplizenschaft mit dem Status Quo zu unterstellen und sie als neoliberale Diskurspolizei anzugreifen.

Die Situation verlangt langfristig die Entwicklung emanzipatorischer Perspektiven und Handlungsmacht für ein transformatorisches Projekt sowie unmittelbar einen differenzierten Antagonismus: Sich nicht als Retter der Zivilisation aufspielen, wohl aber im Namen einer besseren Welt bestehende Freiheiten verteidigen; Horkheimer folgend, vom Faschismus schweigen, wenn man vom Kapitalismus nicht reden will (→ Kontinuitätsthese) – oder umgekehrt: Die bürgerliche Gesellschaft als Basis begreifen, aus der heraus der Faschismus erneut geboren werden kann, also sie zu überwinden suchen, ohne ihre Errungenschaften – die freiheitlich-demokratische Grundordnung – rundheraus zu verwerfen. Was in der Theoriebildung differenziert, vielleicht dialektisch erscheint, ist im konkreten Fall dagegen oft simpel. In puncto Arbeitnehmer*innenrechte oder allgemein dem Schutz von sozial Schwachen wird deutlich, dass die AfD keineswegs eine ‚volksnahe‘ Politik, sondern ein neoliberales Modell verfolgt, das die bereits Herrschenden begünstigt und die Gesellschaft nicht nur rassistisch und sexistisch, sondern auch nach Klassen weiter spaltet. Die Sammlungsbewegung von Sahra Wagenknecht (und Bernd Stegemann) gräbt einem internationalistischen Verständnis emanzipatorischer Politik indes ebenfalls das Wasser ab, wenn Geflüchtete auf Konkurrent*innen vor deutschen Werkstoren reduziert werden und Solidarität durch die Forderung einer nationalen Sozialdemokratie verunmöglicht wird. Ein zukünftiges emanzipatorisches Projekt benötigt gewiss keine Impulse aus der Rechten und auch keine weiteren → Querfront-Experimente, sondern versteht sich weiterhin solidarisch, intersektional *und* internationalistisch.

→ Extremismus

Kampfbegriff der vermeintlichen ‚Mitte‘ der Gesellschaft gegen ihre Ränder. Die Extremismustheorie subsumiert linke, rechte und religiös-fundamentalistische Einstellungen unter dem Oberbegriff ‚Extremismus‘ und bildet so die Grundlage für die Gleichsetzung und Verkehrung von Faschismus und

²¹ Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*. München: Piper 1964.

Antifaschismus (→ Täter-Opfer-Umkehr). Polizei, Verfassungsschutz und viele bürgerliche Medien operieren mit dieser Theorie.²² In der Sozialwissenschaft ist sie äußerst umstritten und wird als unwissenschaftlich oder als Ideologie der Mitte kritisiert.²³ Sie ist ein aufschlussreicher Bezugspunkt, um Positionen, Mechanismen und Interessen im Streit über den Umgang mit der → ‚Neuen Rechten‘ zu diskutieren. Denn verbunden mit der Forderung, der Neuen Rechten als ernsthaftem Diskurspartner unverkrampft und unvoreingenommen zu begegnen (→ Metapolitik), wird antifaschistische Kritik mal als pedantische, bequeme oder undemokratische „Bunkermentalität“²⁴ bezeichnet und mal mit faschistischen Haltungen, Strategien oder Gewalttaten teils direkt, teils subtil gleichgesetzt und massenwirksam delegitimiert (→ Feigheit, Faulheit, Bequemlichkeit; → Täter-Opfer-Umkehr). Nichtsdestotrotz führt kein Weg daran vorbei, innerhalb der ‚neurechten‘ Bewegung Unterschiede auszumachen. Rechte Positionen lassen sich nämlich auch in sämtlichen Bundestagsparteien finden. Eine „extreme“ Rechte bzw. „Rechtsextremismus“ zu verorten, bleibt hingegen sinnvoll als Relationsbegriff zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und als Gegenstand der Bestrebungen eines → kulturellen Antifaschismus. Ideologien wie die des AfD-Vordenkers Marc Jongen können auch als Ideologien der Ungleichwertigkeit bezeichnet werden. In einer Zeit, in der beinahe jedes Wochenende ein Geflüchtetenheim in Brand gesetzt wird, legt Jongens Forderung nach mehr Wehrhaftigkeit²⁵ eine bewusste Nähe zu rechtsextremen, gewaltbereiten Gruppen nahe (→ Metapolitik). Eine politische ‚Mitte‘, aus der heraus diese Ideologien nicht mehr erkannt werden bzw. verschwimmen oder durch mediale Annäherungsversuche affirmiert werden, ist unbedingt zu problematisieren. Jüngere Beispiele neben den inzwischen etablierten Sorgen-der-Bürger-Formaten ist der Auftritt von Uwe Tellkamp vom 8. März 2018 in Dresdner Kulturpalast oder die Maischberger-Sendung „Die Islamdebatte: Wo endet die Toleranz“ vom 10. Juni 2018 in der ARD. Im einen Fall konnte dem Dresdner Autor im Nachhinein schnell nachgewiesen werden, dass es sich bei den von ihm genannten Fakten um Ressentiments schürende Falschinformationen handelte. Im anderen Fall verwechselte die Redaktion das dystopische Szenario des Michel-Houellebecq-Romans *Unterwerfung* absichtlich mit dem von rechts geschürten realen antimuslimischen Rassismus, was ihr reichlich Kritik einbrachte. In beiden Fällen war der Schaden jedoch bereits entstanden und spielte der Rechten in die Hände. Rechtsextreme Positionen, die nicht als solche benannt und bekämpft werden, drohen somit auch durch Quotengier (→ Aufmerksamkeitsökonomie) und fahrlässige Recherche auf der bürgerlichen Agenda zu landen, die dem Rechtsruck im Falle einer ungleichen Bewertung von Gewalttaten – hier die ausbleibende Berichterstattung über brennende Geflüchtetenheime, dort z.B. monatelange Hetze gegen linke „Chaoten“ beim G20-Gipfel – wenig entgegensetzt. Die Frage, welcher „Extremismus“ wem nützt, ist im Fall der AfD mitsamt der Plattformen, die ihr fahrlässig bereit werden, eine besonders wichtige. Kulturellen Antifa-Aktivist*innen, die als linksextremistisch denunziert und/oder, in einer kruden Verdrehung der Tatsachen, für das Erstarken der Rechten verantwortlich gemacht werden, ist mit Volker Weiß beizupflichten: „Die Demonstranten sind

²² Dass André Eminger im NSU-Prozess zu zweieinhalb Jahren verurteilt wird, ein Steinwurf in Hamburg beim G20-Gipfel hingegen drei Jahre und drei Monate einbringen kann, ist allerdings eine Entwicklung, die das Hufeisenmodell, rechte wie linke Gewalttaten als gleich extrem einzustufen, – und damit die Extremismustheorie in der Praxis – bei weitem übertrifft. Während im einen Fall (Hamburg) die Abschreckung das Urteil motiviert, kann es im anderen Fall Rechtsextremismus weiter beflügeln (München). Vgl. dazu auch: NSU Watch: Dieses Urteil ist ein Schlag ins Gesicht für die Angehörigen der vom NSU Ermordeten und die Überlebenden des NSU-Terrors. Pressemitteilung. In: *NSU Watch*, 11.07.2018. <https://www.nsu-watch.info/2018/07/nsu-watch-dieses-urteil-ist-ein-schlag-ins-gesicht-fuer-die-angehoerigen-der-vom-nsu-ermordeten-und-die-ueberlebenden-des-nsu-terrors-pressemitteilung-vom-11-07-2018/> (Zugriff am 12.07.2018).

²³ Vgl. Claus Leggewie / Horst Meier: *Nach dem Verfassungsschutz: Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik*. Berlin: Hirnkost 2012, S. 63–74.

²⁴ Stefan Locke: Raus aus der Bunkermentalität. Streit ist der bessere Weg. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.09.2017. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/buch-rezension-die-angstmacher-von-thomas-wagner-15177283.html> (Zugriff am 10.07.2018).

²⁵ Marc Jongen zit. n. Martin Helg: „Wir müssen wehrhafter werden“. In: *NZZ am Sonntag*, 13.03.2016. <https://nzzas.nzz.ch/gesellschaft/wir-muessen-wehrhafter-werden-ld.149885?reduced=true> (Zugriff am 10.07.2018).

lediglich die Überbringer der schlechten Nachricht, nicht ihre Verursacher. Der Aufstieg der Neuen Rechten [...] ist kein Produkt der Gegenaktivitäten.“²⁶

→ Fall Gessnerallee

Bezeichnet die Ereignisse und mediale Debatte um den (letztlich abgesagten) Auftritt des ‚Parteiphilosophen‘ und mittlerweile kulturpolitischen Sprechers der AfD Marc Jongen im Zürcher Theaterhaus Gessnerallee im März 2017.

Unter dem Titel „Die neue Avantgarde“ wurde in dem Produktionshaus, das im konservativ geprägten Zürich für ästhetische Offenheit und soziokulturelle Vielfalt steht, eine Podiumsdiskussion mit dem Sloterdijk-Schüler angesetzt, der nicht nur am AfD-Parteiprogramm mitschreibt, sondern, etwa mit dem Begriff des „Thymos“ (Wut, Zorn), auch an einer philosophischen Verbrämung neurechter Positionen arbeitet. Daneben waren der zuletzt massiv an der NO BILLAG-Kampagne beteiligte Olivier Kessler von der nationalkonservativen Schweizer Volkspartei SVP sowie Laura Zimmermann vom neoliberalen Think Tank Operation Libero geladen. ‚Progressive‘ Positionen sollten durch den an der Konzeption der Veranstaltung maßgeblich beteiligten Kulturwissenschaftler und im vorbereitenden Briefwechsel mit Jongen stehenden Jörg Scheller und den moderierenden Theatermacher Christopher Kriese von der Gruppe Neue Dringlichkeit gewährleistet werden. (Post)Migrantische, feministische oder dezidiert linke Stimmen waren auf dem geplanten Podium hingegen nicht vertreten.

Dagegen rief eine lokale Initiative zu einem Publikumsstreik auf²⁷ und ein offener Protestbrief von Kulturschaffenden fand innerhalb kürzester Zeit knapp 700 Unterzeichner*innen.²⁸ Die Veranstaltung wurde letztlich abgesagt. Dies wurde jedoch nicht inhaltlich, sondern sicherheitstechnisch mit dem Verweis auf ein nicht näher dargelegtes Bedrohungsszenario begründet. Damit griff die Gessnerallee auf ein typisches Argumentationsmuster von Rechtspopulist*innen zurück, sich als Opfer von → Zensur und politischer Verfolgung darzustellen. Nach einem ersten positiven Echo auf die Proteste schlug die Stimmung um. Die Äußerungen der Veranstalter*innen wurden medial dankbar aufgegriffen, um vermeintliche Intoleranz und antidemokratische Gefahr von Links heraufzubeschwören (→ Extremismus; → Il/liberal) und vor der ‚Coziness‘ der linksliberalen Filterbubble (→ Feigheit, Faulheit, Bequemlichkeit) zu warnen.

→ Feigheit, Faulheit, Bequemlichkeit

Häufiger Vorwurf gegen Akteur*innen, die den Dialog mit Vertreter*innen der → Neuen Rechten auf Theaterbühnen verweigern oder rechts besetzte Podien kritisieren. Einer vermeintlich linksliberalen, den Kulturbetrieb beherrschenden Mehrheit wird „Kuscheln mit der Community“²⁹ vorgeworfen, um zugleich an demokratische Werte wie → Meinungsfreiheit zu appellieren und sich für den öffentlichen Streit einzusetzen. Zum → Fall Gessnerallee schreibt etwa Anne Hähmig (*Die Zeit*): „Vokabeln wie ‚antidemokratisch‘ oder ‚rechtsradikal‘ nutzt man immer so gerne, aber meist sind sie nur dazu da, es sich schön einfach zu machen“³⁰.

²⁶ Volker Weiß: Debatte oder Protest. Wie weiter gegen rechts? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/2018. <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2018/juni/debatte-oder-protest-wie-weiter-gegen-rechts> (Zugriff am 08.07.2018).

²⁷ Ohne uns! Ein Publikum: Die Gessnerallee als Plattform für rechte Ideologien? Aufruf zum Publikumsstreik! Boykott der Doppel-Veranstaltung „Die neue Avantgarde“ am 10.03. und 17.03.2017. In: *antira.org*, 05.03.2017. <https://antira.org/2017/03/05/die-gessnerallee-als-plattform-fuer-rechte-ideologien/> (Zugriff am 06.06.2018).

²⁸ Offener Brief an die Gessnerallee. In: *Keine Bühne*, 25.02.2017. <http://keine-buehne.org/offenerbrief-an-die-gessnerallee/> (Zugriff am 02.10.2017).

²⁹ Michael Wolf: Kuscheln mit der Community. Kolumne: Als ob! – Michael Wolf über Filterblasen und mangelnde Konfrontation im Theater. In: *nachtkritik*, 21.03.2018. https://nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=15167:kolumne-als-ob-michael-wolf-ueber-theater-als-heimat&catid=1624:kolumne-michael-wolf&Itemid=100389 (Zugriff am 21.06.2018).

³⁰ Anne Hähmig: Soll man mit der AfD reden? Man muss. In: *Die Zeit*, 02.03.2017. <http://www.zeit.de/2017/10/zuerich-afd-marc-jongen-auftritt-proteste> (Zugriff am 02.10.2017).

Für Jan Fleischhauer (*Spiegel Online*) ist der Aufruf zum Boykott der Veranstaltung ein Zeichen intellektueller Verfälschung der Linken, mithin von Dekadenz, Trägheit und Ideenlosigkeit gegenüber vermeintlich ‚interessanten‘ Figuren wie Götz Kubitschek.³¹ Und unter dem Titel „Den Bösewichten eine Bühne“ (→ Das Böse; → Aufmerksamkeitsökonomie) fragt FAZ-Redakteur Simon Strauß rhetorisch: „Was will das Theater sein? Ein Ort der Bequemlichkeit oder des Aufruhrs? Ein Platz, an dem Gemüter beruhigt oder bewegt werden?“³²

Die Rhetorik richtet sich nicht nur gegen Antifaschist*innen und leistet einer Gleichsetzung mit den von ihnen Kritisierten Vorschub (→ Täter-Opfer-Umkehr; → Extremistisch), indem sie eine → illiberale Haltung oder → Zensur unterstellt. Sie bedient umgekehrt auch das das Opfernarrativ der Neuen Rechten als → Andersdenkende.

Und sie zieht nicht nur bei Konservativen und Liberalen. So wirft etwa Milo Rau den Kritiker*innen von Jongens Auftritt (→ Fall Gessnerallee) „intellektuelle Pedanterie“³³ vor und fordert, man müsse den Kampf annehmen, wo man ihn findet – wobei er die Forderung nach einer linken, feministischen oder (post)migrantischen Gegenposition konsequent ignoriert. Auch Thomas Wagners beim Aufbau Verlag erschienenes Buch *Die Angstmacher* stößt in dieses Horn und widmet der Debatte ein eigenes Kapitel mit der sarrazinesken Überschrift „Dem Bösen keine Bühne: Das Theater schafft sich ab“³⁴. Darin kommt neben Kubitschek und Co. der Dramaturg Bernd Stegemann zu Wort, der seit längerem auch von vielen Linken hofiert wird und im Juni 2018 mit Sarah Wagenknecht gegen „linke Moral“³⁵ und für eine Sammlungsbewegung Position bezogen hat. Stegemann kritisiert eine Ankündigung des Maxim Gorki Theaters, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von Veranstaltungen auszuschließen, als „Bunkermentalität“³⁶ und „Art von Einreisestopp“³⁷ (→ Täter-Opfer-Umkehr).

→ II/liberal

Vorwurf an Kritiker*innen von Podien, Panels oder anderer Gesprächsformate mit Beteiligung von rechten Akteur*innen. Unter liberal wird in der kulturellen Debattenlandschaft westlicher Demokratien häufig verstanden, dass → Meinungsfreiheit das höchste Gut sei. Jene sei in Gefahr, wenn rechten bis rechtsextremen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifenden Positionen der Eintritt in kulturelle Institutionen verwehrt würde – zumal wenn es sich bei den Organen dieser Positionen um demokratisch gewählte Parteien handle. Als illiberal und undemokratisch gelten dann jene, die diese unliebsamen Meinungen nicht zuließen – oder gar zensurieren wollten. Der Zensurvorwurf erblasst auch dann nicht, wenn die Kritiker*innen selbstorganisiert von unten protestieren. Die Verunglimpfung steht zudem in eklatantem Widerspruch zu der Tatsache, dass rechte Regierungen in manchen europäischen Ländern bereits illiberale Demokratien installieren bzw. installiert haben, welche die Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit akut bedrohen bzw.

³¹ Vgl. Jan Fleischhauer: Seid ihr Linke oder Mäuse? In: *Spiegel Online*, 13.03.2017. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/debattenkultur-seid-ihr-linke-oder-maeuse-kolumne-vonjan-fleischhauer-a-1138485.html> (Zugriff am 02.10.2017).

³² Strauss: Den Bösewichten eine Bühne.

³³ Rau: Gemeinsam gegen die AfD.

³⁴ Thomas Wagner: *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*. Berlin: Aufbau 2017, S. 267.

³⁵ Bernd Stegemann / Sahra Wagenknecht: Von linker Moral und neoliberalen Interessen. Unser Plan für eine Sammlungsbewegung. In: *Die Zeit*, 06.06.2018. <https://www.zeit.de/2018/24/linke-sammlungsbewegung-sahra-wagenknecht-populismus> (Zugriff am 22.06.2018).

³⁶ Wagner: *Die Angstmacher*, S. 272.

³⁷ Ebd., S. 277.

einschränken. Sind Liberale Rechten folglich auf den Leim gegangen, die den Verdacht des Illiberalen von sich ablenken wollen?

Ein kultureller Liberalismus, der einer individuellen Freiheit, zu sprechen, wie der Schnabel gewachsen sei, ein Naturrecht einräumt, schwimmt gerne mit Libertarianismus, genauer gesagt, mit Rechtslibertarianismus. Hier sind Menschenrechte, Minderheitenschutz, Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsverbot, die das Völkerrecht und der Verfassungsstaat schützen, nachrangig. Hier ist das Recht des Stärkeren, auch des Aussagestärkeren, das Respekt verdiene, vorrangig. Das Selbsteigentum als Autonomie des Individuums wird von Rechtslibertären bis Anarchokapitalisten als Schutz natürlicher, individueller Rechte gegenüber dem Staat sowie anderen verstanden, die diese Grenze zu überschreiten drohen. Nach diesem Freiheitsverständnis, das sich auch bei Hacker*innen sowie Silicon-Valley-Entrepreneurs einer gewissen Beliebtheit erfreut, sind individuellen bzw. Gruppen-Exzessen keine Grenzen zu setzen. So können auch Hackerforen oder Social-Media-Plattformen rassistischen und sexistischen Trollen anonymen Space bieten.

In Deutschland zeigt sich die rechte, staatsfeindliche Haltung v.a. im konsequenten Angriff auf die sogenannten Staatsmedien, die mit dem Synonym „Lügenpresse“ unisono diffamiert werden und den Bedarf einer rechten Gegenöffentlichkeit ‚rechtfertigen‘, sowie im sicherheitspolitischen Denken der ‚Neuen Rechten‘, die dem jetzigen Staat Versagen vorwirft und Bürgerwehren fordert, um ‚das Volk‘ vor den sogenannten Feinden des Volkes zu schützen. Freilich hat die rechte Staatskritik im Fall der AfD keine anarchistischen Wurzeln, sondern bezweckt eine Stärkung des Staates.

Die Schutzrechte des Individuums, das von Staat und Gesellschaft vor allem in Ruhe gelassen werden möchte, um seine Zwecke zu verfolgen, können indes auch klassisch-liberal als negative Freiheit bezeichnet werden. Demnach ist das Individuum als Bürger*in auch vor Zensur zu schützen. Dergestalt ist die Freiheit als Freiheit von staatlich-institutioneller Einschränkung zu verteidigen, sei es die illiberale Demokratie, der Faschismus oder die fundamentalistische Ausprägung des Religionsstaates, welche die Freiheit bedrohen. Negative Freiheit kann aber in Widerspruch geraten zu den positiven Freiheitsrechten, etwa dem der Religionsfreiheit, wenn Politiker rechtsextremer Parteien oder Politiker aus dem rechten Spektrum, deren Aussagen mit denen rechtsextremer Parteien deckungsgleich sind, die Religionsfreiheit in Abrede stellen oder gegen Minderheiten hetzen. Klassisch-liberal jedoch findet das Recht des Individuums in den Rechten der Anderen seine Grenzen. Die Einhegung auf die biodeutsche Volksgemeinschaft unter Vorzeichen einer identitären Demokratie, mithilfe von Eugenik und heteronormativer Familienpolitik, einer den Mythos des christlichen Abendlands heraufbeschwörenden Auslese der autochthonen Bevölkerung sowie der drastischen Einschränkung der Bewegungsfreiheit, global bis europäisch, ist jedoch die politische Linie der nationalen und kulturhegemonialen, sogenannten „Alternative für Deutschland“.

Auffallend viele (Links-)Liberale fallen immer noch auf die „Meinungsfreiheitstränendrüse“³⁸ herein. Darunter versteht der Schweizer Historiker Philip Sarasin, dass die Rechten das Recht auf Meinungsäußerung mit dem Recht verwechselten, auf eine Bühne eingeladen zu werden. Im Gegensatz zu den Lügen der Rechten, keine Möglichkeiten der Meinungsäußerung zu bekommen, was sich allein durch das affirmative Agenda-Setting der Massenmedien seit der ersten „Sorgen-der-Bürger-Sendung“ widerlegen lässt, muss der offene Protest der Kritiker*innen seinerseits als Freiheit der Meinungsäußerung verteidigt werden. Gegenüber der Forderung, Rechten keine weitere Bühne zu beschenken, bezichtigen aber auch manche Linke Protestierende als frömmlicherisch und fordern im offenen Meinungsstreit eine härtere Gangart (→ Feigheit, Faulheit, Bequemlichkeit; → Zensur; → Linksfaschismus; → Extremismus). Deutsche Liberale, die das Grundgesetz aber der Reihenfolge nach lesen, werden die Meinungsfreiheit dem Artikel 1 nachstellen – und die Würde

³⁸ Gesine Krüger / Sylvia Sasse / Philip Sarasin / Sandra Zanetti: Geht es hier um #Meinungsfreiheit? Ein (etwas längeres) Gespräch. In: *Geschichte der Gegenwart*, 15.03.2017. <https://geschichtedergegenwart.ch/geht-es-hier-um-meinungsfreiheit-ein-etwas-laengeres-gespraech/> (Zugriff am 06.06.2018).

(je)des Menschen mit den weiteren Artikeln zum Schutz von Minderheiten, zum Diskriminierungsverbot, zur Religionsfreiheit und zum allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz flankieren. Den Vorwurf, Kritiker*innen, die sich gegen jede Plattform für menschenverachtende, diskriminierende, xenophobe, sexistische und/oder rassistische Positionen aussprechen, seien illiberal, werden sie dann nicht eifertig bedienen, da der Liberalismus im Vergleich zum Libertarianismus den Verfassungsstaat in der Verantwortung zu sehen bereit ist.

Das strategische Ziel libertärer und extremer Rechter, nur Gleiche gleich zu behandeln und Ungleiche ungleich, unterminiert ihren (nur) behaupteten Freiheitsanspruch. Er lässt sich als Blockwartmentalität verstehen – etwa in Form einer „national befreite Zone“ – oder protofaschistisch, in Vorbereitung einer konservativen Revolution, an deren Ende der völkisch eingeebte „Ethno State“ stünde.

➔ **Kontinuitätsthese**

Gegenüber der rechten Endzeitrhetorik³⁹ gibt es auch eine linke Liberalismuskritik, welche die Nähe zwischen Wirtschaftsliberalen und Nationalliberalen historisch-kritisch und gegenwärtig genauer betrachtet. Wenn ➔ Liberale den Schutz des Eigentums, den Freihandel, die Gesetze des Marktes, die unternehmerischen Früchte der eigenen Arbeit verabsolutieren und der Verpflichtung des Privateigentümers, dem „Wohle der Allgemeinheit“ (GG Art. 14) zu dienen, gleichgültig oder höchstens karitativ gegenüberstehen, können Linke auch klare Kante zeigen und ein anderes, ➔ emanzipatorisches Projekt formulieren, das die Solidarität mit Unterdrückten und Beherrschten entlang vieler Herrschaftsknoten in den Vordergrund rückt. Die linke Kritik am Liberalismus zielt dann auf ein transformatorisches Projekt, das die Kollektivierung von Produktionsmitteln für unabwendbar hält oder dem Privatbesitz auch kollektive Eigentumsformen an die Seite stellen würde und/oder der Commons-Bewegung, die sich zwischen Staat und Privatwirtschaft als solidarische oder Gemeinwohl-Ökonomie und Postwachstumsgesellschaft positioniert, Raum zur Entfaltung böte. Demgegenüber stellt sich die „Freiheit, frei zu sein“⁴⁰ im liberalen Diskurs als individuelles Vermögen dar, das den großen Regulator namens Markt für zuständig erklärt und alles andere als Unfreiheit und Planungsfehler von Staatssozialismen abkanzelt.⁴¹ Entgegengesetzt dazu argumentiert Max Horkheimer, indem er sämtliche Versuche, den Faschismus zu erklären, mit seiner berühmten Formel an die alles beherrschende Wirtschaftsform knüpft: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“⁴²

Auf die Vorwürfe, das zivilgesellschaftlich-kulturpolitische Engagement von Kritiker*innen von Podien mit Beteiligung rechter Akteur*innen sei ‚totalitär‘ oder ‚linksfaschistisch‘ (➔ Täter-Opfer-Umkehr), lässt sich auch historisch mit Herbert Marcuses Kontinuitätsthese von 1934 antworten:

Die Wendung vom liberalistischen zum total-autoritären Staat vollzog sich auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung. Im Hinblick auf diese Einheit der ökonomischen Basis lässt sich sagen: es ist der Liberalismus selbst, der den total-autoritären Staat aus sich erzeugt.⁴³

Die Geschichte hat gezeigt, dass Großindustrielle, Vermögende und sonstige Profiteur*innen auf die unmittelbare Ausübung der politischen Macht auch zu verzichten bereit sind und einer Verselbständigung der Exekutivgewalt zustimmen können, um wirtschaftlich die herrschende Klasse zu bleiben. Der neoliberal bis

³⁹ Erwähnt seien hier Arthur Moeller van den Bruck Ausspruch „Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde“ sowie Alice Weidels „kompletter Kollaps Deutschlands“. Vgl. Arthur Moeller van den Bruck: Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde. In: Ders. / Heinrich von Gleichen / Max Hildebert Boehm (Hrsg.): *Die neue Front*. Berlin: Paetel 1922, S. 5–34; Alice Weidel zit. n. Philip Eppelsheim: „Deutschland hat komplett die Kontrolle abgegeben“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.03.2018. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alice-weidel-bundesrepublik-hat-die-kontrolle-aufgegeben-15495634.html> (Zugriff am 06.06.2018).

⁴⁰ Hannah Arendt: *Die Freiheit frei zu sein*. München: dtv 2018.

⁴¹ Vgl. Ludwig von Mises: *Die Bürokratie*. Sank Augustin: Academia 2013, S. 69.

⁴² Max Horkheimer: Die Juden und Europa. In: Ders.: *Studies in Philosophy and Social Science*, Bd. 8. New York: The Institute of Social Research 1939, S. 115–137, hier S. 115.

⁴³ Herbert Marcuse: *Kultur und Gesellschaft*, Bd. I. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1967, S. 37.

nationalliberale Kurs der AfD samt immer drastischer werdenden soziokulturellen und kulturpolitischen Drohungen (in Richtung von u.a. „Gender-Ideologen“, Muslim*innen und Geflüchteten) legt im Sinne der Kontinuitätsthese nahe, die Liberalismuskritik nicht der politischen Rechten zu überlassen.

➔ **Kultureller Antifaschismus**

Rückblickend stellt die Auseinandersetzung um den ➔ Fall Gessnerallee einen Präzedenzfall dar. In einer Monate andauernden medialen Debatte kristallisierten sich auf der einen Seite Konturen eines kulturellen Antifaschismus heraus, dessen Strategie etwa dem entspricht, was an anderer Stelle in Hinblick auf die Frankfurter Buchmesse 2017 formuliert wurde:

Akteur_innen der Rechten und der Neuen Rechten nicht ohne lautstarken Widerspruch öffentliche Räume zu überlassen, nicht mit ihnen öffentlich zu diskutieren und ihnen keine Gelegenheit zu geben, sich vor einem Publikum zu erklären.⁴⁴

Auf der anderen Seite zeichnen sich in den Reaktionen von Theater- und Veranstaltungsleitungen sowie im öffentlichen Diskurs von rechts bis links Argumentationsmuster ab, die fordern, mit Rechten zu reden, und versuchen, dem Anliegen der Kritiker*innen im Namen von ➔ Meinungsfreiheit, Demokratie etc. die Legitimität abzuspüren. Teilweise wird darüber auch ein neues Täter*innen-Narrativ (➔ Linksfaschismus; ➔ Extremismus) etabliert bzw. auf die Debatte angewendet.

Konkret dürfte die Auseinandersetzung um die Zürcher Veranstaltung einzelne Theaterhäuser und Kulturinstitutionen auch dazu ermutigt und argumentativ ausgerüstet haben, mit dem Feuer zu spielen. Andererseits hat sie nicht nur dazu geführt, dass das Podium abgesagt wurde und Jongen einmal weniger öffentlich über seine Version der Zornpolitik sprechen durfte, sondern auch dazu, dass sich andernorts Widerstand gegen ähnliche Veranstaltungen formierte. Etwa in Wien, wo Alexander Gauland im April 2017 im Burgtheater über Populismus als Experte in eigener Sache diskutieren sollte, oder im Mai 2017 in Hamburg, wo das Thalia Nachtasyl die lokale AfD traditionsbewusst zum politisch-kulturellen Salon „Am Lagerfeuer“⁴⁵ lud und ein offener Brief, Proteste und eine kritische Begleitung der Veranstaltung durch linke Aktivist*innen folgten.⁴⁶ Gerade die Hamburger Veranstaltung lässt sich als besonderer Folgefall des abgesagten Zürcher Podiums begreifen, insofern die Durchführung der Veranstaltung einerseits die vermeintliche Salonfähigkeit „neurechter“ Akteur*innen im Theater bekräftigte, die politische Auseinandersetzung andererseits auch von einem gestiegenen Bewusstsein für die Zusammenhänge ästhetischer und politischer Kämpfe in- und außerhalb des Kulturbetriebs zeugt.

➔ **Kulturpolitik der AfD**

In Deutschland spielt die AfD eine zentrale Rolle in der ➔ „neurechten“ ➔ Metapolitik. Ihre kulturpolitische Linie zeichnet sich klar ab: Rollback ins 19. Jahrhundert, als Nationaltheater und *Nation Building* im Geiste der deutschen Romantik zusammenfielen. Vor allem kulturpolitische Aussagen aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, wo die AfD schon länger in den Landtagen sitzt, gaben einen Vorgeschmack auf das, was mit

⁴⁴ Alice Blum / Maximilian Pichl / Tom David Uhlig: Wo das Gespräch aufhört – Reflexionen über den Umgang mit Rechten in öffentlichen Räumen. In: *Belltower. Netz für digitale Zivilgesellschaft*, 26.10.2017. <http://www.belltower.news/artikel/wo-das-gespr%C3%A4ch-aufh%C3%B6rt-%E2%80%93-reflexionen-%C3%BCber-den-umgang-mit-rechten-%C3%B6ffentlichen-r%C3%A4umen-12817> (Zugriff am 06.06.2018).

⁴⁵ Ankündigung: „Am Lagerfeuer: Blackbox AfD. Wie ticken die Hamburger Rechtspopulisten?“. <http://www.nachtasyl.de/index.php/117-am-lagerfeuer-blackbox-afd> (Zugriff am 09.07.2018).

⁴⁶ Offener Brief an das Thalia Theater – Keine Bühne für die AfD! Kein Podium für Rassisten! Ladet Baumann aus! In: *Nationalismus ist keine Alternative. Bundesweite Kampagne gegen die Festung Europa und ihre Fans*, 25.04.2017. <https://nationalismusistkeinealternative.net/offener-brief-an-das-thalia-theater-keine-buehne-fuer-die-afd-kein-podium-fuer-rassisten-ladet-baumann-aus/> (Zugriff am 06.06.2018); Ein Abend unter Feinden – Nachbereitung zu der Veranstaltung „am Lagerfeuer“ im Nachtasyl. In: *Nationalismus ist keine Alternative. Bundesweite Kampagne gegen die Festung Europa und ihre Fans*, 23.05.2017. <https://nationalismusistkeinealternative.net/hamburg-ein-abend-unter-feinden-nachbereitung-zu-der-veranstaltung-am-lagerfeuer-im-nachtasyl/> (Zugriff am 06.06.2018).

Einzug in den Bundestag nur noch deutlicher wurde: Ein Mix aus ‚volkspädagogischem Ansatz‘, ästhetischer Altbackenheit und neoliberalen Fördercuts – bekannt aus Ungarn und Polen, wo die Rechtsregierungen seit Jahren ähnlich agieren und sogar ernsthafte Bestrebungen hegten, die Theaterzensur (→ Zensur) wieder einzuführen.

Angestrebt wird ein völkisch-nationalistisches Repräsentationstheater, das der Nationalbildung und der Renaissance einer ‚deutschen Kultur‘ dienen soll: „die Bühnen sollen stets auch klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen“⁴⁷. Umgekehrt droht der kulturpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Jongen (→ Fall Gessnerallee) in altbekannter Säuberungsrhetorik mit einer „Entsiffung des Kulturbetriebs“⁴⁸. Der kulturpolitische Sprecher in Sachsen-Anhalt fordert die komplette Streichung öffentlicher Subventionen für Theaterhäuser, die ein „zu buntes Agitprop-Repertoire mit Regenbogen-Willkommens-Trallala auf die Bühne bringen“⁴⁹.

→ Meinungsfreiheit

Wird von rechten Ideolog*innen und Befürworter*innen ihrer Auftritte gern als höchstes demokratisches Gut beschworen und gegen vermeintliche → Zensur von Links verteidigt. Es handelt sich dabei um ein rhetorisches Einschüchterungsmanöver oder schlichte Täuschung. Denn tatsächlich ist Meinungsfreiheit ein Menschenrecht, das auch vom deutschen Grundgesetz garantiert wird, doch sie richtet sich nicht gegen kritische Wortmeldungen, sondern gegen Eingriffe der Staatsgewalt und soll verhindern, dass öffentliche Meinungsbildung von der Regierung oder staatlichen Einrichtungen wie Polizei, Zensurbehörden o.Ä. beeinträchtigt oder ganz verboten wird.

Ein anschauliches Beispiel dieser Viktimisierungsstrategie bot sich, als Thilo Sarrazin, Vorläufer und Wegbereiter der deutschen → „Neuen Rechten“ aus der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft (→ Extremistisch) sein Buch *Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland* 2014 ausgerechnet im traditionellen Brecht-Theater Berliner Ensemble präsentieren sollte. Aufgrund von Protesten wurde die Veranstaltung abgebrochen. Die Hausleitung sprach, die These von Sarrazins Buch weitgehend übernehmend, von „Meinungsterror“⁵⁰. Er selbst bezeichnete die Protestierenden als → „Linksfaschisten“⁵¹ (→ Täter-Opfer-Umkehr).

Kritiker*innen aus der Zivilgesellschaft sollten sich also von Zensurvorwürfen nicht mundtot machen lassen. Umgekehrt ist einzuwenden, dass es kein Recht auf ungehemmte Rede oder – etwas plakativ – kein Recht auf Nazi-Propaganda gibt. Meinungsfreiheit findet ihre Schranke in anderen Grundrechten wie der Menschenwürde und dem Schutz von Minderheiten. Volksverhetzung ist eine Straftat. Ob man staatliche Eingriffe als antifaschistische Mittel nutzen möchte, ist jedoch eine andere Diskussion.

⁴⁷ AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016. „Wir für unsere Heimat“. In: *Alternative für Deutschland, Landesverband Sachsen-Anhalt*, 11.12.2016. https://cdn.afd.tools/sites/88/2016/12/11210138/Wahlprogramm_31102015v2.pdf (Zugriff am 22.06.2018), S. 20.

⁴⁸ Daniel Hornuff: „Es wird mir eine Freude sein, die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen“. In: *Die Zeit*, 14.02.2018. <https://www.zeit.de/2018/08/marc-jongen-afd-kulturbetrieb-entsiffung-aussage> (Zugriff am 09.07.2018).

⁴⁹ Manuela Lück: Kulturkampf von rechts Die kulturpolitischen Vorstellungen der AfD. In: *Deutscher Kulturrat*, 27.08.2017. <https://www.kulturrat.de/themen/wahlen-2017/kulturkampf-von-rechts/> (Zugriff am 02.10.2017).

⁵⁰ Martin Klesmann: Tumult im Berliner Ensemble. Sarrazin-Veranstaltung verhindert. In: *Berliner Zeitung*, 02.03.2014. <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/tumult-im-berliner-ensemble-sarrazinveranstaltung-verhindert-1543734> (Zugriff am 02.10.2017).

⁵¹ Ebd.

→ Metapolitik

Seit den 1970er Jahren versuchen Intellektuelle der → ‚Neuen Rechten‘ mittels Schaffung von Infrastruktur (Verlage, Denkfabriken etc.), „geistiges Terrain zurückzuerobern“⁵². Mit Metapolitik ist „das dem unmittelbar Politischen vorgelagerte Feld des Kulturellen gemeint, mit all seinen habituellen, sprach- und sexualpolitischen Teilbereichen“⁵³. Ihr Ziel ist nicht nur, eine rechte Gegenöffentlichkeit herzustellen, sondern auch Kippmomente herbeizuführen und die bürgerliche Öffentlichkeit zu beeinflussen.

Die Vorgehensweise muss als Kampf um kulturelle Hegemonie oder mit dem ‚neurechten‘ Vordenker Alain de Benoist als „Kulturrevolution von Rechts“⁵⁴ begriffen werden, die über den Theaterkontext weit hinausweist und auch im Zusammenhang mit den zuletzt massiven Angriffen gegen linke Szenelokale, Buchläden, Politiker*innen und engagierte Einzelpersonen in Berlin-Neukölln oder mit ähnlichen Debatten in anderen kulturellen Sparten, etwa im Kontext der Frankfurter und Leipziger Buchmessen, steht.

Kritische, anti-nationale Kunstarbeiter*innen werden im Zuge dessen seit einigen Jahren verstärkt zum Angriffsziel. Die Sprache der neuen Parlamentarier*innen beweist, dass die spalterische Rhetorik der ‚Neuen Rechten‘ Platzhalter für die alten Sündenböcke der 1930er Jahre gefunden hat: Neben den angefeindeten Migrant*innen und Muslim*innen wird zusehends auch das verschwörungsideologische Bild der „Kulturmarxisten“⁵⁵ heraufbeschworen. Langfristig geht es darum, die freiheitlich-demokratische Grundordnung dergestalt auszuhebeln, dass Individualrechte nicht mehr „jedem beliebigen Menschen zugestanden werden“⁵⁶.

In Bezug auf das Theater sind neben direkten, zum Teil provozierenden, zum Teil brutalen Aktionen und Angriffen auch juristische und kulturpolitische Interventionen zu verzeichnen (→ Kulturpolitik der AfD) sowie ein Drängen von Sprecher*innen der ‚Neuen Rechten‘ auf die Bühne als Gäste von Salongesprächen oder Podiumsdiskussionen. (Hoch-)kulturelle Anerkennung und Salonfähigkeit sollen es ermöglichen, sich als Teil der bürgerlichen ‚Mitte‘ zu inszenieren.

Wie der → Fall Gessnerallee zeigt, greift es in diesem Zusammenhang zu kurz, sich nur mit den ‚neurechten‘ politischen Gegner*innen auseinanderzusetzen. Vielmehr wird der Umgang mit der ‚neurechten‘ Hegemoniestrategie zu einer eminent politischen Frage mit weitreichenden Folgen, über die bis ins linke Lager hinein heftig gestritten wird. Auf dem Spiel steht mit der Normalisierung rechter Positionen zugleich die Delegitimierung antifaschistischer Positionen (→ Feigheit, Faulheit, Bequemlichkeit; → Linksfaschismus) oder generelle Gleichsetzung der beiden vermeintlichen → Extreme gegenüber einer vermeintlich demokratischen ‚Mitte‘. Umgekehrt bergen die Verwerfungen um einen → kulturellen Antifaschismus auch die Chance bzw. Notwendigkeit, die eigenen Positionen zu schärfen und die Perspektive über explizit rassistische und sexistische Positionen hinaus zu erweitern, um sich kritisch mit liberaldemokratischen Akteur*innen vom Feuilleton bis in die Zivilgesellschaft, ihren ‚Werten‘ und Motivationen auseinanderzusetzen (→ Meinungsfreiheit; → Extremismus; → Aufmerksamkeitsökonomie).

Selbst wenn man davon ausgeht, dass eine Veranstaltung ausgeglichen besetzt, gut vorbereitet und moderiert wird, und selbst wenn es dann gelingt, den rechten ‚Argumenten‘ und Gesellschaftsvorstellungen in der Diskussion schlagfertig entgegenzutreten (was keine einfache Aufgabe ist, denn so unschlüssig beispielsweise antisemitische oder rassistische Argumentationsmuster sind, so resistent sind sie gegenüber Versuchen, sie zu

⁵² Weiß: *Die autoritäre Revolte*, S. 55.

⁵³ Ebd., S. 54.

⁵⁴ Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite*. Krefeld: Sinus 1985.

⁵⁵ Alice Weidel zit. n. Richard Gebhardt: Alice im Verschwörungswunderland. Die AfD bläst zum Kampf gegen den „Kulturmarxismus“. In: *Jungle World*, 06/2018, 08.02.2018. <https://jungle.world/artikel/2018/06/alice-im-verschwörungswunderland> (Zugriff am 09.07.2018).

⁵⁶ Johannes Poensgen: Unsere Radikalität. In: *Sezession*, 03.07.2018. <https://sezession.de/58698/unsere-radikalitaet> (Zugriff am 12.07.2018).

dekonstruieren oder ad absurdum zu führen)⁵⁷ – in jedem Fall hat man damit neurechte Positionen als diskussionswürdige Meinungen (→ Meinungsfreiheit) und ihre Sprecher*innen als Teilnehmer*innen einer ernsthaften Diskussion anerkannt, statt sie zu bekämpfen. Praktisch gesehen, ist das eine Zustimmung zur Erweiterung des sanktionsfrei Sagbaren, also der Verrohung des Diskurses und der Normalisierung rechter Positionen, die allein das Ziel rechter Metapolitik ist. Die Auseinandersetzung mit ‚neurechten‘ Ideolog*innen ist also unbedingt nötig, ein weiteres Podium mit ihnen jedoch verzichtbar.⁵⁸

→ ‚Neue Rechte‘

Uneinheitliche, rechtsgerichtete politische Strömung, die sich von der dem Nationalsozialismus verhafteten ‚alten Rechten‘ abzugrenzen versucht. Die ‚Neue Rechte‘ ist indes nicht so neu, wie sie tut. Volker Weiß schreibt dazu, dass „sich die Gestalt der Rechten in Deutschland (und Europa) zwar mit der Zeit gewandelt haben mag, sie in ihren Kernelementen, aber unverändert bleibt“⁵⁹. Entgegen der allgemeinen Hysterie ist die AfD nicht mit der ‚Neuen Rechten‘ identisch. Daneben gibt es eine Reihe von außerparlamentarischen Akteur*innen, u.a. um das in Schnellroda ansässige Institut für Staatspolitik samt dem Antaios Verlag und der Zeitschrift *Sezession*, das Publikationsorgan *Compact*, die Crowdfunding-Plattform „Ein Prozent“ und die europaweit organisierte, politaktivistische Identitäre Bewegung, sowie Verflechtungen zwischen den unterschiedlichsten Gruppierungen, von völkischen Burschenschaften hin zu NPD-Kadern und altbekannten Neonazis. Allerdings wurde die AfD für die „Mosaik-Rechte“⁶⁰ zu einer „parlamentarischen Plattform, von der aus sich die lange geforderte ‚Kulturrevolution von rechts‘ im Bündnis mit Ordoliberalen und Fundamentalchristen wirkungsvoll forcieren ließ“⁶¹.

→ Querfront

Alter Wein in neuen Schläuchen: Unter dem alten Label Querfront verleiht sich die „Neue Rechte“ zusehends die soziale Frage ein, auf der Suche nach einem breitenwirksamen, mobilisierungsfähigen Mythos. In scharfer Gegnerschaft zum Neoliberalismus und auf Tuchfühlung mit vermeintlich kommunitaristischen Positionen wie der „Sammlungsbewegung“ Sahara Wagenknechts (und Bernd Stegemanns) oder den umstürzlerischen Bestrebungen des Ex-Anti-Deutschen und *Compact*-Herausgebers Jürgen Elsässer fordern Querfrontler*innen einen zeitgemäßen Antiimperialismus. Die Querfront ist auch ein Gesprächsangebot an Linke, „Nationalblindheit“⁶² abzustoßen. Dafür werden Referenzen auf die Weimarer Republik bemüht und der gegenwärtige Versuch unternommen, zwischen Diskurspiraterie und der Definition eines eigenen diskursiven Felds die → ‚Neue Rechte‘ ihrerseits zu erneuern. Dazu gehört auch eine rechtsgewendete Marx’sche Kritik der politischen Ökonomie ohne kommunistische Schlussfolgerungen. Auch Öko-Themen wie kleinbäuerliche Landwirtschaft und Selbstversorgung sowie anarchistische Diskurse wie Kooperation und gegenseitige Hilfe sollen so vereinnahmt werden. Die Querfront-Rechte grenzt sich so vom (neo)liberalen Flügel der AfD ab und orientiert sich am Front National als nationaler und sozialer Rechtspartei. Proteste gegen die alternativlose Logik des Marktes könnten, behaupten rechte Querfrontler*innen, übernommen werden, da der kosmopolitischen Linken das ‚Volk‘ fremd geworden sei. „Ein Theorie-Surrogat von rechts ist [...]“

⁵⁷ Vgl. Blum / Pichl / Uhlig: Wo das Gespräch aufhört.

⁵⁸ Vgl. Richard Gebhard: Eine neue „Querfront“? Zur Modernisierung rechter Kapitalismuskritik durch Benedikt Kaiser. In: *der rechte rand* 169 (November 2017). <https://www.der-rechte-rand.de/archive/2824/neue-querfront/> (Zugriff am 12.06.2018).

⁵⁹ Weiß: *Die autoritäre Revolte*, S. 11–12.

⁶⁰ Benedikt Kaiser: Mosaik-Rechte und Jugendbewegung. In: *Sezession*, 21.04.2017. <https://sezession.de/57218/mosaik-rechte-und-jugendbewegung> (Zugriff am 09.07.2018).

⁶¹ Weiß: *Die autoritäre Revolte*, S. 92.

⁶² Vgl. Nils Wegner: „Querfront!“ – Benedikt Kaiser im Gespräch. In: *Sezession*, 14.02.2017. <https://sezession.de/56994/querfrontij-benedikt-kaiser-im-gesprach> (Zugriff am 6.6.2018).

verzichtbar“, schreibt dagegen Richard Gebhard im antifaschistischen Magazin *der rechte rand* und bestärkt das eigene → emanzipatorische Projekt: „Diese Auseinandersetzung bedarf keiner gemeinsamen Podien.“⁶³

→ Täter-Opfer-Umkehr

Die pauschale Gleichsetzung von Antifaschist*innen mit ihren politischen Gegner*innen zielt darauf ab, ihrer Kritik die Legitimation abzusprenken. Der Kampfbegriff eines linken oder roten Faschismus reicht historisch bis in die 1920er Jahre zurück, fand in den USA in der McCarthy-Ära und in der BRD gegen die APO Verwendung. Eine vergleichbare Gleichsetzung beider politischer ‚Extreme‘ bildet das Herzstück der → Extremismustheorie, mit der Polizei und Verfassungsschutz wie auch viele bürgerliche Medien schon seit Jahren operieren.

Angehörige der NPD wie auch der → „Neuen Rechten“ benutzen den Begriff des „Linksfaschismus“ (→ Täter-Opfer-Umkehr) als Retourkutsche, um NS-Verbrechen zu relativieren, sich selbst als politisch Verfolgte im Widerstand und Antifaschist*innen als Täter*innen zu inszenieren. Lange bevor Thilo Sarrazin seine Gegner*innen wiederholt als „Linksfaschisten“ diffamieren konnte,⁶⁴ bereitete Ernst Nolte im Historikerstreit bereits in den 1980er Jahren den Boden für die relativistische These, der Holocaust sei eine bloße Reaktion des Hitler-Faschismus auf die gewaltigeren Verbrechen der Sowjetunion gewesen und letztere damit ursprünglicher.

Auch im → Fall Gessnerallee kommt das Umkehrungsmanöver zum Tragen, etwa wenn Veranstaltungsmoderator Scheller schreibt, die antifaschistischen Kritiker*innen würden aufgrund ihres vermeintlich autoritären Auftretens dem politischen Feind immer ähnlicher sehen,⁶⁵ oder – zugespitzt – wenn der „AfD-Philosoph“ Jongen den Gegner*innen seines Auftritts „proto-stalinistisches Zensurverhalten“⁶⁶ vorwirft (→ Zensur) und im Interview mit dem *Zürcher Tagesanzeiger* dieselben Charakterzüge attestiert, „die während des Faschismus für Deutschland typisch waren“⁶⁷.

Dass die Täter-Opfer-Umkehr nur ein diskursives Manöver ist und Täter Täter bleiben, zeigte sich auf erschreckende Weise Ende August 2018 in Chemnitz, wo die mutmaßliche Tötung eines Menschen⁶⁸ vor der Aufklärung der Tat bereits für rassistische Hetze instrumentalisiert und ein vorläufiger Höhepunkt rechter Mobilisierung erreicht wurde. Die Transformation von Wut- zu „Wehrbürgern“⁶⁹ erinnert an gewalttätige Übergriffe der 1990er Jahre, wobei die Hetzjagden einer großen Anzahl von organisierten Hooligans und Neonazis auf Migrant*innen und „ausländisch“ Aussehende im repräsentativen Zentrum einer Stadt stattfanden und der Rechtsstaat vollständig überfordert zusah. Am Tag nach den Hetzjagden demonstrierten dann tausende, fahnschwingende Chemnitzer Bürger*innen im Schulterchluss mit 5.000 gewaltbereiten Rechtsextremen. Eine soziale Bewegung von rechts als Mosaik-Rechte und sichtbare Allianz zwischen den alten und der Neuen Rechten, zwischen AfD- und NPD-Anhänger*innen, rechtsextremen Hooligans und

⁶³ Gebhardt: Eine neue „Querfront?“.

⁶⁴ Etwa 2011 nach der Absage einer Diskussion um sein Buch *Deutschland schafft sich ab* in der Technischen Universität Berlin oder 2014 bei Protesten gegen eine Präsentation seines Buchs *Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland* im Berliner Ensemble (→ Meinungsfreiheit).

⁶⁵ Jörg Scheller: Wo bleibt der Mut zum Streit? In: *Neue Zürcher Zeitung*, 09.03.2017. <https://www.nzz.ch/feuilleton/auftritt-von-marc-jongen-wobeibt-der-streit-ld.150295> (Zugriff am 02.10.2017).

⁶⁶ Marc Jongen: Pressemitteilung zu „jungle world: Ist das ein Hunger nach Realität?“. In: *marcjongen.de*, 24.08.2017. <https://marcjongen.de/tag/kevin-rittberger/> (Zugriff am 22.06.2018).

⁶⁷ Andreas Tobler: „Die Festung Europa muss errichtet werden“. In: *Tagesanzeiger*, 10.03.2017. <https://www.tagesanzeiger.ch/kultur/diverses/Die-Festung-Europa-muss-errichtetwerden/story/17036024> (Zugriff am 02.10.2017).

⁶⁸ Als „pervers“ bezeichnet Sascha Lobo den Fakt, dass es sich bei dem Getöteten um einen Deutschkubaner handelte, der „selbst von den Nazis gejagt würde.“ Vgl. Sascha Lobo: Eine Zäsur findet nicht statt. In: *Spiegel Online*, 30.08.2018. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/sascha-lobo-zu-den-krawallen-in-chemnitz-eine-zaesur-findet-nicht-statt-a-1225485.html> (Zugriff am 30.08.2018).

⁶⁹ Richard Gebhardt: Sichtbare Allianzen. In: *Der Freitag*, 29.08.2018. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/sichtbare-allianzen> (Zugriff am 30.08.2018).

Neonazis bleibt jedoch nicht auf ostdeutsche Städte begrenzt. Auch waren die Unruhen in Chemnitz nicht unvorhersehbar. Marc Jongens jahrelange, philosophisch verbrämte Agitation zur Wehrhaftigkeit der Deutschen vom Karlsruher Lehrstuhl aus hat Markus Frohnmaiers (ebenso AfD und MdB) Twitter-Aufruf zur Selbstverteidigung als „Bürgerpflicht“ im Augenblick eines vorgeblich versagenden Staates ebenso vorbereitet wie Alexander Gaulands flammende Rede in der Bundestagswahlnacht, die nach Chemnitz nicht mehr rhetorisch gelesen werden kann: „Wir werden sie jagen, wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen, und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“⁷⁰ Diese Rhetorik ist nicht bloß Effekthascherei und Kraftmeierei für den nächsten Wahltag, sondern indirekter Aufruf, vorausseilende wie nachträgliche Legitimation des kommenden Pogroms. Die Neue Rechte, die den Verfassungsstaat in einigen grundlegenden Punkten ohnehin nicht beim Wort nimmt und die Bundesrepublik als Staatsform für das davon zu unterscheidende biodeutsche Volk z.T. offen ablehnt, profitiert davon, dass der Staat die öffentliche Sicherheit nicht mehr garantieren kann. Auch hierin, indem Migrant*innen dringend vom Besuch einer Innenstadt abgeraten werden muss und Journalist*innen ihre Berichterstattung aufgrund des erhöhten Sicherheitsrisikos einstellen, Zonen also tatsächlich temporär ‚national befreit‘ werden können, ist das eigentliche Versagen des Staates zu sehen. Die AfD-Fraktion im Hochtaunuskreis legte, als gäbe es in Sachen geistiger Brandstiftung nicht schon Grund genug zurückzurudern, sogar noch nach: „Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Pressehäuser gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerzt – darüber sollten die Medienvertreter hierzulande einmal nachdenken, denn wenn die Stimmung endgültig kippt, ist es zu spät.“⁷¹

→ Zensur

Die → ‚Neue Rechte‘ lässt keine Gelegenheit aus, sich als → Andersdenkende, Opfer von und Widerstand gegen politische Verfolgung zu stilisieren. Immer wieder taucht in diesem Kontext das Stichwort ‚Zensur‘ auf (→ Il/liberal). So beschwört etwa Simon Strauss in der *FAZ* das Schreckgespenst von (linken) politischen „Musterungstests“⁷² vor Vorstellungsbeginn (→ Feigheit, Faulheit, Bequemlichkeit) und Jörg Scheller, Moderator des abgesagten Podiums im → Fall Gessnerallee, setzt in der *NZZ* die verbale Kritik an seiner Veranstaltung und Aufrufe zu Publikumsstreik und „strategischem Desinteresse“⁷³ mit autoritären, antidemokratischen Maßnahmen gleich und in die Nähe zu gewaltvollen Handlungen wie der Einweisung von politischen Gegner*innen in nicht näher erläuterte „Umerziehungsanstalten“⁷⁴ (→ Extremistisch; → Täter-Opfer-Umkehr). Dabei wird meist ausgeblendet, 1) dass Zensur im Sinne des Grundgesetzes nur vom Staat ausgehen kann, 2) dass die Akteur*innen der ‚Neuen Rechten‘ über unzählige Publikationsapparate, Räume und Vernetzungsinstrumente verfügen und seit Jahren mit ihren Themen und gezielten Provokationen die politische Debatte bestimmen und den Diskurs nach rechts verschieben. Es kann also keine Rede davon sein, dass sie über keine Bühne verfügen. Kritiker*innen solcher Veranstaltungen üben folgerichtig keine Zensur aus, sondern machen von der → Meinungsfreiheit Gebrauch und fordern, rechten Ideologien keinen zusätzlichen (Legitimations-)Raum zu geben. Ihre Hetze und Metapolitik als ‚Argumente‘ anzunehmen, hieße Ressentiments als Diskussionspunkte aufzuwerten.

⁷⁰ Zit. n. Anja Willner: Soll das der Ton der Auseinandersetzung sein? Er will Merkel „jagen“: Gauland-Aussage lässt Schlimmes für Bundestag befürchten. In: *Focus*, 24.09.2017. https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl_2017/soll-das-der-ton-der-auseinandersetzung-sein-er-will-merkel-jagen-gauland-aussage-lasst-schlimmes-fuer-bundestag-befuerchten_id_7632697.html (Zugriff am 30.08.2018).

⁷¹ Zit. n. Sonja Thomaser: AfD warnt vor Sturm auf die Pressehäuser. In: *Frankfurter Rundschau*, 29.08.2018. <http://www.fr.de/kultur/netz-tv-kritik-medien/netz/chemnitz-afd-warnt-vor-sturm-auf-die-pressehaeuser-a-1572561> (Zugriff am 30.08.2018).

⁷² Strauss: Den Bösewichten eine Bühne.

⁷³ Ohne uns! Aufruf zum Publikumsstreik.

⁷⁴ Scheller: Wo bleibt der Mut zum Streit?